

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 2,25 A einschließlich
Drucklohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: **Kaufmännischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.**

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: **Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.**

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten
Colonelzeile oder deren Raum 60 A,
Reklamazeile 200 A.

Rotations-Druck und Verlag: **Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.** — Redakteur: **Paul Jorßich, Biebrich a. Rh.** — Filialexpedition in Hochheim: **Jean Lauer.**

Nr. 70

Samstag, den 18. Juni 1921.

Postfach 10114
Frankfurt (Main) Nr. 10114

15. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 331.

Bekanntmachung.

Der **Maurer Wilhelm Ungeheuer** in Koppenheim ist als Schöffe der Gemeinde Koppenheim vereidigt worden.

Wiesbaden, den 13. Juni 1921.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

J. R. M. 1316/2. S. B. Bieker.

Nr. 332.

Terminkalender

Nr. 333.

Die Herren **Bürgermeister in Dohheim, Eddersheim, Georgensborn und Wallau** werden wiederholt an die Erledigung der Verfügung von 13. 4. und 28. 5. 1921, 11. 5. 8. 3. u. 2. betr. Einreichung einer Angabe über Einfindung der kommunikativen Wasserwerke der Grund- und Gebäudebesitzer an das Wasserwerk, erinnert. Frist: drei Tage.

Wiesbaden, den 16. Juni 1921.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

J. R. M. 11. 551/3. S. B. Bieker.

Nr. 334.

Die sämtlichen Herren **Bürgermeister** erinnern ich hiermit an die umgehende Erledigung meiner Verfügung vom 5. April d. J. Nr. 11. 928/1, betr. die Vorlage der Abrechnung der Gemeindeverwaltung der Einnahmen und Ausgaben für 1920.

Wiesbaden, den 9. Juni 1921.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

J. R. M. 11. 904/1. S. B. Bieker.

1. Nachtrag zur Ordnung,

betreffend die Erhebung von **Luftverkehrssteuern** im Bezirke der Gemeinde **Erbenheim**.

Luftverkehrssteuer-Ordnung.

Auf Grund der §§ 13, 15, 18 und 22 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und infolge Beschlusses der Gemeindevertretung vom 26. April 1921 wird nachstehendes festgesetzt:

§ 1.

Die im § 1 Ziffer 1 bis 15 der Ordnung betr. die Erhebung von Luftverkehrssteuern im Bezirke der Gemeinde Erbenheim vom 13. Juli 1919 festgesetzten Steuerhöhen, werden um 100 Prozent erhöht.

§ 2.

Der § 4 der im § 1 bezeichneten Ordnung erhält folgenden Zusatz: „Für jeden anerkannten Ortsverkehr ist jährlich und zwar vom 1. April bis zum 31. März eine Veranstaltung frei und wird Luftverkehrs- und Kartensteuer nicht erhoben.“

§ 3.

Vorstehende Ordnung tritt mit dem Tage ihrer nach erteilter Genehmigung und Zustimmung der zuständigen Behörden erfolgten Veröffentlichung im Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden in Kraft. Von dem gleichen Zeitpunkte ab treten die Steuerhöhen § 1 Ziffer 1 bis 15 der Ordnung betr. die Erhebung von Luftverkehrssteuern im Bezirke der Gemeinde Erbenheim vom 13. Juli 1919 außer Kraft.

Erbenheim, den 26. April 1921.

Der Gemeindevorstand.

Gez. J. B. Wintermeyer, Beigeordneter.

J. R. M. 11. B. 62/2 v. 1921.

Vorstehender Nachtrag wird von uns nach Sitzungsbefehl vom 17. Mai 1921, Nr. 18, genehmigt.

Wiesbaden, den 28. Mai 1921.

Der Kreisaußschuß des Landkreises Wiesbaden (L. S.)

Genehmigung.

Die Zustimmung wird erteilt.

Wiesbaden, den 4. Juni 1921.

Der Regierungspräsident.

J. A. gez. Unterjoch.

Wird veröffentlicht.

Erbenheim, den 16. Juni 1921.

Der Bürgermeister.

J. B. Wintermeyer.

Nichtamtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Juni. Zu Beginn der Sitzung wird der Entwurf über die Abänderung des Mehrgesetzes in allen drei Lesungen angenommen.

Dann setzte das Haus die Beratungen des Gesetzesentwurfs über den Verkehr mit Brotgetreide fort.

Abgeordneter **Barnesfeld (S.)** betont, daß

es notwendig sei, die freie Wirtschaft einzuführen, denn nicht nur die Landwirte, sondern auch die Verbraucher müßten es. Da aber die Reichsregierung erklärt habe, daß wir noch nicht sofort zur freien Wirtschaft übergehen könnten, sei seine Partei damit einverstanden, daß die Umlage eingeführt werde, vorausgesetzt, daß die Tonnenzahl auf 25 Millionen herabgesetzt werde.

Abgeordneter **Dufche (Deutsche Volksp.)** tritt auch heute wieder für die freie Bewirtschaftung ein, gerade weil die Förderung gehoben werden soll. Redner führt an, daß die Preise sinken werden, gerade wie bei der Butter und dem Fleisch, zumal weil dann kein Getreide mehr durch ungeschickte Behandlung unbrauchbar gemacht werde. Redner wendet sich dann gegen die Verheißung der landwirtschaftlichen Arbeiter, daß man ihnen klar mache, daß in der Landwirtschaft der Höchstlohn nicht immer durchgeführt werden könne, besonders mit Rücksicht auf die Aufgaben, die das Ultimatum an uns stellt.

In längeren Ausführungen wendet sich der Abgeordnete **Herr (Unabh.)** gegen die Einführung der freien Wirtschaft, sowie auch gegen das Umlageverfahren, wenn es nicht in seiner ursprünglichen Form verabschiedet werden sollte. Redner wendet sich gegen die Landwirte, daß sie das Interesse der Allgemeinheit ja doch nicht im Auge hätten, sondern nur höhere Preise für ihre Erzeugnisse erzielen wollten. Redner machte dabei die Feststellung, daß aus Ostpreußen 835 000 Tonnen Hülsenfrüchte nach dem Auslande ausgeführt worden seien. Der größte Teil davon sei in die Hände der Polen gelangt.

Abgeordneter **Dr. Böhme (D.)** ist der Ansicht, daß die Landwirte auch jetzt ihre Pflicht erfüllen werden und betont, daß kein Stand sich in einer so schwierigen Lage befindet wie gerade der Landmannschaft. Redner erklärt, daß seine Partei, da sich in der Kommission gezeigt habe, daß die Regierungsvorlage angenommen werde, für die Vorlage stimmen werde, aber unter der Voraussetzung, daß Härten möglichst vermieden werden und daß die kleinen Landwirte möglichst verschont bleiben, besonders die Viehhalter.

Das Haus vertagt darauf die Weiterberatung auf Donnerstag.

Berlin, 16. Juni. Nach der Erledigung verschiedener dringender Vorschläge des Geschäftsausschusses wird die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Getreide fortgesetzt.

Die unabhängigen und sozialdemokratischen Fraktionen werden zunächst abgetrennt, ebenso ein Antrag Dufche auf sofortige Einführung der freien Wirtschaft. Auch die sozialdemokratischen Fraktionen auf Erhebung der Umlage auf 15 Millionen Tonnen werden abgetrennt, dagegen wird der Antrag Böhme-Burke, die Umlage auf 25 Millionen Tonnen herabzusetzen mit 414 gegen 126 Stimmen angenommen. Schließlich wird der Paragraph 1 des Gesetzes mit 189 gegen 145 Stimmen abgelehnt, was den Präsidenten über die der Regierung voran, daß damit dem Gesetz die Seele genommen sei.

Der Reichsverwaltungsmann **Herrmann** legt nochmals klar, daß der Übergang zur freien Wirtschaft nach nicht gemacht werden kann, denn hierfür seien die Ressourcen nicht ausreichend.

Abg. **Dr. Heilmann** tritt nochmals für die freie Wirtschaft ein, während Abg. **Anders** der Ansicht ist, daß, wenn man jetzt die freie Bewirtschaftung beibehalten würde, zunächst kein Schaden mehr wachsen würde. Der Antrag würde aber so in die Höhe schnellen, daß das Schicksal angeht der Millionen Arbeiter, Arbeiter und arbeitender Rentner zu befürchten sei.

Nachdem noch eine ganze Reihe von Zusätzen zu den verschiedenen Paragraphen abgetrennt worden war, wurde schließlich die Fassung des Ausschusses mit 206 gegen 136 Stimmen angenommen.

Auch ein Antrag **Cuno**—Dufche wird gegen die Stimmen der gesamten Linken angenommen. Dieser Antrag erkennt die Erleichterung der Lebensmittelversorgung, die der Staat zu leisten hat, und fordert Maßnahmen, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen.

Am 15. Juni wird dann die Sitzung geschlossen und die Weiterberatung (dritte Lesung) um 8 Uhr fortgesetzt.

Während der Pause haben sich die Parteien des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten auf einen Kompromißvorschlag geeinigt, der an die Stelle des abgelehnten Paragraphen 1 treten soll und den gleichen Wortlaut hat wie die bisherige Fassung, also die Umlage auf 25 Millionen Tonnen festsetzt und lediglich die erste Lieferfrist auf Oktober und Dezember verschiebt.

Abg. **Schiele (Unabh.)** erklärt namens seiner Partei, schweren Herzens für diesen Kompromißvorschlag einzutreten, da eine Ablehnung die Behauptung der Mangelsituation bedeuten würde. Der Antrag sei also des kleinen Übels.

Der Antrag wird mit sämtlichen bürgerlichen Stimmen gegen die Linke angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes mit unversenklichen Zusätzen und Abänderungen.

Zur Gesamtbestimmung erklärt Abg. **Herr (Unabh.)**, daß seine Partei das Gesetz ablehnen müsse, da es ein Todesurteil für die Rentnerempfänger und Gewerkschaften sei. Das Ultimatum der Reichsregierung sei zudem ein Beweis dafür, daß das Umlageverfahren nur eine verheerende Einführung der freien Wirtschaft sei. Die Ablehnung aller von der Linken gestellten Anträge sei eine Kampf-

anfrage an die Arbeiterschaft. Seine Partei lege der Regierung und dem System schärfsten Kampf an.

Abg. **Edart (Komm.)** schließt sich dieser Erklärung an. Die bürgerlichen Parteien hätten mit ihrer Einigung den Beweis erbracht, daß sie zusammenhielten, wenn es gegen die Arbeiterschaft gehe.

Das Gesetz wird sodann unter lauten Phrasen der Linken angenommen, desgleichen eine dazu gehörige Entschließung.

Nächste Sitzung Freitag: Anfragen, Gesetz über das Verbot des Raues von Luftfahrzeugen, unabhängige Interpellation über den Fall **Carrel**.

Berlin. Der **Steuerausschuß** des Reichstages setzte die Beratung der **Reichsnotopfernovelle** fort. U. a. wurde ein Antrag angenommen, welcher fordert, daß Kleidungsstücke und Haushaltsgegenstände, die infolge des Krieges verloren gegangen sind und für die eine Neuanschaffung noch nicht erfolgte, namentlich bis zur Höhe von 100 000 M. als abzugsfähig gelten. Die Novelle wurde genehmigt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 14. Juni. Die preussische Landesversammlung befaßte sich am Dienstag mit einer Anfrage der unabhängigen Sozialdemokraten über das Explosionsgefahr auf **Zeche Konstantin** der Grube in Grunow bei Bochum. Bei dem Unglück sind 14 Bergarbeiter getötet und sieben schwer verletzt worden. Der Vertreter des Ministeriums, **Bergat Hagfeld**, gibt als Ursache des Unglücks eine Schlagwetterentzündung mit nachfolgender Kohlenstaubexplosion an. Von der Verletzung sei die Zeche durch Beschlüsse des Oberbergamtes entbunden worden. Der Regierungsvorsteher äußerte sich über Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse. In der Besprechung betonte der Abg. **Seidel (D. V.)**, die Befreiung von der Verleumdungsschuld sei auf Anregung der Arbeiter erfolgt. Zu Angriffen gegen die Grubenverwaltung habe dieser traurige Vorfall keinen Anlaß. Die Interpellation wird schließlich dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Am Mittwoch brachte der Beginn der zweiten Beratung des Haushalts trotz des ziemlich mühsam belegten Hauses eine sehr lebhaft ausgefallene Debatte. Der **Justizminister** am **Jehnhoff** sprach über die bevorstehende soziale Reform des Rechtswesens. Insbesondere fallen das Strafrecht, der Strafprozeß und der Strafvollzug reformiert werden. Nach dem Minister kam der Sozialdemokrat **Heilmann** an zum Wort, der schwere Angriffe gegen die Justiz richtete. Sozialdemokraten, **Kapp, Pöhl, Kautz** und der **Landesrat** schloßen sich der Kritik an. Nach dem Minister schloß sich der **Landesrat** an. Nach dem Minister schloß sich der **Landesrat** an. Nach dem Minister schloß sich der **Landesrat** an.

Berlin, 16. Juni. Die zweite Beratung des Justizgesetzes wird fortgesetzt. Es ist ein längerer Antrag der Kommunisten eingegangen, in dem verlangt wird: Amnestie für politische Verurteilte, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Abschaffung der Todesstrafe, Berufung aller Richter, Befreiung von den Rechten der organisierten Arbeiterschaft, Selbstverwaltung der Gefangenen. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt Hinrichtung von Verurteilten zu den Strafkammern, Wahl der Richter durch das Volk, Bewilligung von Staatsmitteln, um dringende Kinder zum Richteramt vorzubereiten u. a. Abg. **Frau Wolfstein** begründet die kommunistischen Anträge und erklärt, es müsse ein Recht entwickelt werden. Abg. **Stenkel (D. V.)** verwirft die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge und tritt für die preussische Richter ein, die er gegen den Vorwurf der Parteilichkeit in Schutz nimmt, ebenso wie dies der Abgeordnete **Höpte-Wolff (D.)** tut, während der Abg. **Dr. Cohn (Unabh.)** einen Antrag seiner Partei auf grundlegende Reform der Strafprozedur und des Strafvollzuges sowie Abschaffung der Todesstrafe begründet. Justizminister **U. M. Jehnhoff** hält diesen Antrag für unannehmbar, weil er in vielen Punkten der Verfassung widerspricht. Die Weiterberatung wird dann auf Freitag vertagt.

Tages-Rundschau.

Die deutsche Industrie und die Reparationslasten.

Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie trat am Dienstag zu einer Besprechung der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen des Ultimatums zusammen. Ueber die wirtschaftliche Tragweite der Londoner Forderungen referierte **Geheimrat Dr. Wiedfeldt** vom Direktorium der **Friedrich Krupp A. G.** in Essen, der darauf hinwies, wie schwierig es sei, noch größere Erhöhungen der Körperkraftsteuer vorzunehmen. Bei den indirekten Steuern werde sich schließlich eine Erhöhung unumgänglich sein, zum Beispiel bei der Umlagesteuer. Dr. **Solmsen** von der Distinktionsgesellschaft führte u. a. aus: Unbedingt notwendig sei eine völlige Umänderung der Steuerpolitik des Reiches und eine Abkehr von der antikapitalistischen Steuer-

gesetzgebung Erbergers. Im Gegenteil sei es notwendig, den Sparplan im deutschen Volke zu wecken. Dieses Bestreben finde seine Unterstützung durch eine ausgiebige Besteuerung aller Genussmittel, besonders von Tabak und Alkohol. Durch eine Erhöhung der Umlagesteuer würden noch verschiedene Erträge in Handel und Industrie erzielt werden können. Hand in Hand damit müsse eine Verbilligung der Steuererhebung gehen, die sich durch Reparatursenkungen ermöglichen lasse. Als ein neuer Weg zur Erhöhung der Steuern werde vorgeschlagen, die Einschätzung einer Person durch andere ihm bekannte Personen vornehmen zu lassen, wie dieses schon in England der Fall sei.

Frankreich und Deutschland.

Paris, 15. Juni. Die „Chicago Tribune“ erklärt, daß bei den Wiesbadener Verhandlungen der Keim gelegt worden sei für künftige unmittelbare und unabhängige Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich ohne Einmischung Englands, Belgiens und Japans. Die Zusammenkunft bedeute einen großen Sieg für eine mächtige französische Gruppe, der eine Anzahl reicher Fabrikanten angehören, nach deren Ansicht Frankreich, da es der größte Gläubiger Deutschlands sei, freie Hand haben müsse, mit Deutschland, ohne durch internationale Erwägungen behindert zu sein, in größtem und einträchtigem Maßstab Geschäfte abzuschließen. Nach ihrer Meinung besteht kein Grund, sich von **Lord George**, der die englische Kohlenindustrie und Fabrikation zu schützen wünsche, und durch **Graf Sforza**, der bereit sei, den guten Willen Deutschlands aufrecht zu erhalten, hindern zu lassen. Nach dem Blatt sind in Wiesbaden besprochen worden 1. das Erlassen des Ministeriums Rathenau, daß deutsche Kolonisation und Ausbeutung in Rußland zugelassen wird; 2. Der Erfolg der 20prozentigen Abgabe durch eine niedrigere Abgabe, etwa ein oder zwei Prozent auf den gesamten deutschen Handel, sowohl den Innern als auch den Außenhandel. Rathenau hat seiner Bereitschaft Ausdruck gegeben, diese beiden Anregungen zu prüfen, ohne der Entscheidung der französischen Regierung vorzugreifen. Was die Haltung der französischen Regierung anlangt, so gehe sie dahin, daß die Exportabgabe lediglich den Zweck haben solle, an dem Wohlstand Deutschlands sich einen Anteil zu sichern, und daß deshalb kein Grund bestehe, sie nicht von dem gesamten deutschen Geschäft, anstatt von dem Außenhandel allein zu erheben, vorausgesetzt, daß insgesamt dieselben Ergebnisse zustande kommen.

Die Steuerfrage.

Berlin, 15. Juni. Das Körperkraftsteuergesetz wird dem Reichstag und Reichswirtschaftsrat nunmehr zugehen, nachdem es am Dienstag im Kabinett verabschiedet worden ist. Weitere Steuererhöhungen werden ebenfalls noch in dieser Woche vom Kabinett verabschiedet werden. Mit den Regierungsvorlägen der Länder haben, so teilt das Reichsfinanzministerium mit, Besprechungen stattgefunden, die auf die Gestaltung der Entwurfs nicht ohne Einfluß geblieben sind. Zu der Steuerfrage hört man im einzelnen noch, daß sich die Erörterung juristisch in zwei Richtungen bewegt: erstens in der Richtung der Umlagesteuerfrage. Es scheinen gegen die Umlagesteuer starke Bedenken geltend gemacht worden zu sein wegen der Belastung des Verbrauchers, dann aber auch Bedenken politischer Art. Die Erörterung erstreckt sich weiter über die Frage der Reichssteuer. Bei dieser Frage scheinen Erwägungen im Gange zu sein, deren Gegenstand das Reichsnotopfer ist, ferner, wie die Goldwerte erhöht werden sollen. Die Entscheidung, in welcher Form die Erhöhung der Geldwerte durchgeführt wird, ob durch Erhöhung der Substanz oder durch Besteuerung der Geldwerte im Wege einer leibenden Vermögenssteuer, dürfte voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche zu erwarten sein.

Eine Protestnote der deutschen Regierung

Berlin, 16. Juni. Halbamlich wird mitgeteilt: Nach Paris, London und Rom ist gestern die folgende Note abgegangen:

Seit sechs Wochen hat Korsan die Macht nahezu im gesamten Oberriesen an sich gerissen und hat in den von seinen Banden besetzten Gebieten tatsächlich alle Befugnisse der internationalen Kommission übernommen. Sechs Wochen erduldet die oberriesische Bevölkerung die ungeheuren Leiden, welche dieser Rechtsbruch über alle Teile des Landes heraufbeschworen hat. Die Verluste an Menschenleben sind groß. Die Aufständischen häufen Grauel auf Grauel. Hunderte von friedlichen Bürgern sind verschleppt. Ueber ihr Schicksal ist nichts bekannt. Historische Bauten wie die Schloßburg von Schmilghow und viele andere sind dem Vandalismus der Insurgenten zum Opfer gefallen. Den

Bauern und Gutsbesitzer sind Pferde und Vieh weggeführt, Gebäude und Gerät zerstört. Die Einbringung der Ernte ist bereits in vielen Gegenden unmöglich. Nicht minder schwer liegen die Verhältnisse bei der Industrie. Auch der Verkehr liegt nahezu überall still. Der Bolschewismus, welcher in diesem verwüsteten Lande einen günstigen Boden hat, breitet sich in erschreckender Weise aus. Blutenden Herzens, aber mit gefesselten Händen soll das deutsche Volk zusehen, wie unter den Augen der internationalen Kommission, der die Verwaltung des Landes zu treuen Händen übergeben war, seine Volksgenossen brutaler Gewalt ausgeliefert und die Früchte deutschen Fleisches und deutscher Wirtschaft der Vernichtung preisgegeben werden. Sechs Wochen polnischer Terror sind über unsere Volksgenossen hinweggegangen, ohne daß die internationalisierte Kommission die geeigneten Mittel gefunden hätte, die allein eine Niederwerfung des Aufstandes ermöglichten. Seit Ende Mai sind erhebliche Truppenbewegungen der Entente mit reichlichen Kriegsmaterial in Oberschlesien eingetroffen. Mit geringen Ausnahmen und abgesehen von den Großstädten, die noch in den Händen der Deutschen sind, ist jedoch das gesamte Aufstandsgebiet nach wie vor in der Mäh der Insurgenten geblieben, welche dort unumschränkt herrschen. Die Grenze nach Polen ist offen. Von dort kommen andauernd Zugzüge an Kampfern, darunter eine Anzahl regulärer polnischer Militärs, von dort werden Waffen und Munition aller Art herbeigeschafft. Beweise für die Tatsache werden den alliierten Regierungen besonders übergeben. Wenn die alliierten Truppen bei ihrem Vormarsch Ortschaften besetzen, so lassen sie die Insurgenten vorher, wie z. B. in Rosenberg, unbeanstandet mit Waffen und Munition, sowie unter Mitnahme des geraubten Gutes abziehen, die nun ihrem fanatischen Haß auf dem Rückzug an den unschuldigen Bewohnern freien Lauf lassen. Haben aber die alliierten Truppen ein Gebiet durchzogen, so tauchen in ihrem Rücken alsbald die polnischen Banden wieder auf und treiben in gleichem Maße ihr Unwesen wie vorher. Eine Befriedigung ist niemals zu erwarten. Längs der ganzen Front sind die Ortschaften, so z. B. Kattowitz, Machowitz, Freidopel, Freidobitz, Schenowitz, Wethhausen, Gohndorf, Dufan, Markowitz, welche vorübergehend von den Polen geräumt waren, erneut von den Banden besetzt und schwer heimgesucht worden. Die obersteile Bevölkerung und mit ihr das gesamte deutsche Volk haben mit einer Selbstbeherrschung, die von der gesamten Welt als bewundernswert anerkannt wurde, bisher die Ruhe bewahrt. Der obersteile Selbsthaß hat trotz zahlreicher Angriffe der Polen und trotz dringender Hilferufe aus den von Korfant besetzten Gebieten seine Stellungen nicht weiter vorgezogen in dem Vertrauen, daß endlich energische Maßnahmen seitens der internationalen Kommission gegen Korfant und seine Banden ergriffen werden. Die deutsche Regierung muß gegen die gegenwärtigen Zustände in Oberschlesien die schärfste Verwahrung einlegen. Sie sieht sich genötigt, den immer wiederholten Versuch, den obersteilen Selbsthaß auf gleiche Stufe mit den Insurgenten zu stellen, energisch zurückzuweisen und zu betonen, daß der von dem Präsidenten der internationalen Kommission beschlossene Weg, die Insurgenten durch Verhandlungen zum Abzug mit allen Waffen zu bewegen, nicht geeignet ist, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Jeder Erfolg kann allein dadurch erzielt werden, daß mit erstem Nachdruck durchgegriffen und Obersteile mit allen Kräften von den Insurgenten getrennt wird. Geht dies nicht, so wird die volle und alleinige Verantwortung für alle Vorkommnisse und ihre Folgen der internationalen Kommission und ihrem Präsidenten zur Last fallen, der die Macht besitzt, durch energische Maßnahmen die Befriedigung des Landes in kurzer Zeit herbeizuführen. Nach dem Friedensvertrag Artikel 88 ist die internationalisierte Kommission verpflichtet, mit Truppen der alliierten Mächte die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die deutsche Regierung hält es nicht mit dem Friedensvertrag vereinbar, wenn die internationalisierte Kommission ihre Machtmittel nicht gegen die Insurgenten zur Anwendung bringt. Sie muß daher erneut mit allem Nachdruck fordern, daß die Bevölkerung Oberschlesiens, die nach dem Ergebnis der Abstimmung bei weitem überwiegend deutsch ist, endlich überall und reiflos von der Insurgentenherrschaft befreit wird.

Frankreich.

13. Juni. Das vorgedruckte eine Zeitungs-Depesche, auf deren polnischen Ursprung die Agentur selbst hinweist, monach die Deutschen die Franzosen bei Kofei (Oberschlesien) angegriffen haben sollen. Die Franzosen hätten mehrere Tote und Verwundete zu beklagen gehabt. Weiter heißt es in der Meldung, daß die Deutschen bei Kofei einen englischen Sergeant und einen englischen Soldaten getötet und mehrere andere verwundet hätten.

14. Juni. Die Heereskommission der Kammer beendete gestern die Beratung des Entwurfs über den künftigen Stand der Armee. In seinem Bericht führte der Abg. Oberst Fabry aus, der Ansicht sei der Ansicht, daß eine Dienstzeit von 18 Monaten für alle dem Heere genügende Effektivbestände sichere. Außerdem würde der Kriegsmilitär im Jahre 1925 für darüber zu erklären haben, ob es möglich sei, für die Jahresklasse 1924 und die folgenden Klassen die Dienstzeit noch weiter zu kürzen. Die Dienstzeit von 18 Monaten wird mit der Jahresklasse 1922 eingeführt. Nach dem Bericht auf die Sicherheit der Grenze gegenüber Deutschland zu sprechen und meinte, wenn der Friedensvertrag vollständig ausgeführt werde, werde Deutschland in 15 Jahren keine ernstlichen Effektivbestände haben, die für den

Krieg ausreichten. Ein Krieg würde dann für Deutschland ein fast unmögliches Unternehmen sein, und das gerade in dem Augenblick, wo Frankreich den Rhein verläßt. Der Berichterstatter steht aber einem solchen Resultat skeptisch gegenüber, darum mußte man die Anwendung der militärischen Bestimmungen aufmerksam verfolgen. Niemand könne Frankreich zwingen, den Rhein zu verlassen, wenn der Vertrag in diesem besonderen Punkte nicht ausgeführt und eingehalten werde. Das Ziel der Beratungen der Kommission sei gewesen, in den ersten Tagen der Mobilisierung die Befehle und Organisation der Rheinlinie zu sichern und unüberschreitbar zu machen. Da aber diese Grenze nur 15 Jahre Gültigkeit habe, so gelte es, eine bewaffnete Aktion zu organisieren, sobald am Mobilisierungstage diese Grenze unüberschreitbar sei.

Eine Ansprache Benedikts XV.

Rom. Aufsehen erregt eine hochpolitische Ansprache, die der Papst im geheimen Konklave gehalten hat. Er fordert darin alle christlichen Regierungen auf, auch die nichtkatholischen, bei der Förderung des englischen Mandats für Palästina vor dem Völkerbund für die Wahrung der Rechte der Christen im heiligen Lande einzutreten. Der Papst beklagt insbesondere die Zunahme einer reichhaltigen nichtkatholischen Propaganda seit der englischen Befehlung, zweitens die Verhinderung der Juden, durch die Christen aus ihren Stellungen vertrieben würden, drittens die Erniedrigung der heiligen Orte zu weltlichen Vergnügungsorten. Die Juden sollten zwar in ihren begründeten Rechten nicht geschmälert, wohl aber verhindert werden, sich über die Christen zu erheben. Schließlich gedachte der Papst anerkennend der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Frankreich.

Kleine Mitteilungen.

Selbst die Bienen. Im kommenden Herbst sollen ca. 75.000 Bienenstöcke in Korb mit dem zugehörigen Honig an Frankreich und Belgien abgeliefert werden. Da die zu erwartenden Preise keineswegs hoch sein werden, so wird die Bienenhaltung für die deutschen Imker kein Geschäft, sondern lediglich eine lästige Verpflichtung in der Erfüllung des Friedensvertrages sein.

Gegen Dumas und Verkleinerung. Die Dreyer-Frauenvereine veranstalteten eine große Kundgebung gegen den Gebrauch von Luxuswaren, insbesondere der ausländischen. Die Frauen wandten sich weiterhin gegen eine Lebensführung, die Überflüssigkeit, während Deutschland von schwerer wirtschaftlicher Not und Sorge bedrängt sei.

Paris. Die Zollabgabe auf dem rechten Rheinufer, die entsprechend den Sanktionen durchgeführt wird, hat im ersten Monat eine Einnahme von 170 Millionen Franks ergeben.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Hochheim. Der Anzeigenteil der heutigen Nummer bringt das Programm des 75. Jubelfestes und des 43. Gedenkfestes der heiligen Turngemeinde. Die Anmeldungen zu dieser Turnschau sind weiterhin sehr zahlreich eingelaufen, jedoch mit einer außerordentlich starken Beteiligung zu rechnen ist. Die Turngemeinde lädt nochmals zu ihrer Feier herzlich ein und richtet an die Hochheimer Bevölkerung die Bitte, ihre Häuser zu Ehren der auswärtigen Festgäste zu besorgen. (Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit Ausnahme von schwarz-weiß-rot alle Farben erlaubt sind.) Die Bürger unserer Stadt werden den an sie gerichteten Appell sicherlich nicht unbeachtet lassen und das ihre zum Gelingen des festes treu beitragen, wie es auch die Wirtenschaft der Turngemeinde an Wägen und Kassen nicht hat fehlen lassen. Am Sonntag früh 6 Uhr findet für die im Kriege gefallenen Turner Gedächtnis-Gottesdienst statt; die Mitglieder werden gebeten, denselben zu besuchen. Aus Anlaß des Festes wird Sonntag früh 4.42 ab Hochheim ein Sonderzug verkehren, der 8.27 hier eintrifft. Ebenso wird hier abends 7.46 Uhr ein Sonderzug abgehen, der 8.13 in Wiesbaden eintrifft und um 9 Uhr von da bis Vorch (Ankunft 10.21 Uhr) weiterfährt.

Hochheim. Man schreibt uns: Der Zentralverband der Landarbeiter hält am 18. d. M., abends 9 Uhr in Hochheim a. M. in der Wirtenschaft zum Turnus eine außerordentlich wichtige, allgemeinbereinende Versammlung ab. Zur Tagesordnung steht: Der Kampf um die Koalitionsfreiheit. Gegenüber verschiedenen Maßnahmen gewisser Schachtmacher soll seitens der organisierten Weinbergarbeiter eine Stellung genommen werden. Es wird bestimmt erwartet, daß sich sämtliche Weinbergarbeiter ohne Ausnahme an dieser Versammlung beteiligen.

Vergütung für Kosten des Steuerabzuges. Eine Vergütung für die Aufkosten des Steuerabzuges wird in nachstehender der Vereinbarung der deutschen Arbeitgeberverbände auf eine Eingabe zugewandten Antwort des Reichsministers der Finanzen in Aussicht gestellt: „Für die von den Arbeitgebern zu leistende Arbeit zur Durchführung des Steuerabzuges vom Lohn sind bisher Vergütungen im Betrag nicht vorgesehen. Die Frage wird voraussichtlich anläßlich der Verhandlungen über den Gehaltsvertrag zur vereinbarten Erhebung der Einkommensteuer vom Lohn und Gehalt erneut zur Förderung gelangen.“

Veränderte Verzollung von Postpaketen. Das Postministerium der Rheinlandkommission hat in Abänderung der bestehenden Bestimmungen über die Verzollung von Postpaketen wie folgt entschieden, mit Wirkung vom 10. Juni, folgendes bestimmt: Die Verzollung von Postpaketen an der neuen Rheinlandgrenze wird in Zukunft folgendermaßen gehandhabt: Von Postpaketen bis zu 5 Kilogramm wird bei der Einfuhr in das Reich Gebot 2 Mark, bei der Ausfuhr 1 Mark Zoll erhoben. Bei Paketen von 5 bis 10 Kilogramm wird bei der Einfuhr in das Reich Gebot 4 Mark, bei der Ausfuhr 2 Mark erhoben. Bei Paketen von 10 bis 15 Kilogramm beträgt der Einfuhrzoll 12 Mark, der Ausfuhrzoll 6 Mark, bei Postpaketen von 15 bis 20 Kilogramm beträgt der Einfuhrzoll 8 Mark. Durch diese neue Zollverfahren wird insoweit eine gewisse Erleichterung eintreten, als die Pakete, ohne Rücksicht auf ihren Inhalt, nur nach dem Gewicht verzollt werden, so daß Waren, die bisher einen höheren Zoll kassierten, nunmehr nach den Einheitsätzen abgefertigt werden. Auf der anderen Seite tritt eine bedeutende Vereinfachung für solche Waren ein, die bisher

ohne jeden Zoll über die Rheinlinie ein- und ausgeführt werden konnten. Ein Gewinn der neuen Regelung (wenn man von einem Gewinn bei der ungeheuren Belastung des rheinischen Wirtschaftens durch die Zollgrenze überhaupt sprechen kann) liegt darin, daß eine schnellere Zollabfertigung erreicht wird. Eine Ausnahme von diesem Einheitszoll machen nur die folgenden Waren, die in der bisher üblichen Weise verzollt werden müssen:

Edelmetall und Gegenstände aus solchen hergestellt, Edelsteine, Wertpapiere, Kunstwerke und Kunstgegenstände, Seide oder aus Seide gefertigte Gegenstände, Tabak, Zigarren und Zigaretten, synthetische Farbstoffe, hygienische und pharmazeutische Erzeugnisse, Schokolade, Kaffee und alle Nahrungsmittel, Eisenbahn und Imitationen, Bagat (Perfekte, Schwarzstein), optische und Präzisionsinstrumente, Uhren.

16. Juni. Auch heute ist in dem Tiefstand des Marktes noch keine Besserung eingetreten, wenn auch die Abwärtsbewegung keine wesentlichen Fortschritte machte. Im Berliner Warenmarkt war folgende Tendenz vorherrschend. Die Steigerungen betragen für Brüssel 5, London 1, Paris 1/2, die Schweiz 7, Spanien 10 Punkte. Amsterdam und Antwerpen hielten sich auf dem gestrigen Stand. New York war etwa 1/2 gebessert. In Zürich notierte die Mark um 5 Punkte niedriger (85), in Amsterdam war sie unverändert (438).

Wiesbaden, den 17. Juni 1921.

Geländet. Die als vermisst gemeldete Mathilde Müller aus Rumbach (nicht aus Wiesbaden) ist am 7. Juni bei Mündel aus dem Rheine gerettet worden. Es handelt sich um die Person, die am 4. Juni abends in Wiesbaden in den Rhein gesprungen ist.

Wiesbaden. Das Militärpolizeigericht Wiesbaden verurteilte den Wirt der „Stadt Elm“, Ludwig Abel, Oranienstraße 62 in Wiesbaden, zu 200 Mark Geldstrafe. Abel hatte an zwei Soldaten der Besatzungstruppen am Abend des 21. Mai, an dem der blutige Zusammenstoß mit diesen Soldaten und dem Karl Ott in Wiesbaden stattfand, Kognak verabreicht.

Schöffengericht. Auf dem Richterhof lag als corpus delicti ein großes Hühnerhaare, das bei einem Missetat von dem 72-jährigen Wirtshändler A. W. von Wiesbaden einer Wirtshauskammer ausgehoben worden war. Wegen Körperverletzung stand der Wirtshändler vor den Schranken des Gerichts. Sein Verteidiger behauptet, daß der Hühnerhaare aus einem Haaren der Frau bestünde. Die Behauptung war der Verleumdung zu viel; sie führte den Fall ab, ließ die langen Haare fallen und benutzte den Richter die Gültigkeit ihres Haarwuchses. Der Beweis war erbracht und das Gericht nahm W. wegen eines ungalanten Zölibatsverhaltens in eine Gefängnis von einundzwanzig Monaten. Der 21-jährige H. M. aus Wiesbaden hatte mit seinen beiden 16 und 19 Jahre alten Schwestern aufstrebend gelebt. Die Schwestern verurteilten ihn zu sechs Monaten Gefängnis; die ältere Schwester erhielt 2 Monate, die jüngere erhielt einen Freipruch.

Wiesbaden. Am 11. Mai brachen Diebe in das Hotel „Lindenhof“ hier ein und raubten eine Kasse mit Wertpapieren, Bargeld und Schmuckgegenständen im Werte von 80.000 Mark. Die Diebe konnten jetzt dingfest gemacht werden. Es sind der 21-jährige Arbeiter Willi Gerner aus Wiesbaden und der vierundzwanzigjährige Tagelöhner Philipp Reimer aus Dillheim. Der Chauffeur Heinrich Wittinghausen aus Worbis a. d. R., der die geflohenen Diebe nachreizen half, wurde ebenfalls in Haft genommen.

Die Schulfraße in Wiesbaden. Die vom Staatsekretär für die besetzten Gebiete mitgeteilt wird, waren von der Reichsvermögensverwaltung mit dem Oberkommando der französischen Rheinarmee Verhandlungen wegen Freigabe von Schulen in Wiesbaden eingeleitet worden. Diese sind inzwischen dadurch zum Abschluß gekommen, daß das Oberkommando die Freigabe von der Errichtung neuer Kasernen für 2600 Mann und 200 Pferde abhängig gemacht hat. Mit Rücksicht darauf, daß sieben Schulen mit 132 Klassen besetzt sind, und eine Freigabe aller nicht zu erwarten war, hat die Reichsverwaltung bereits früher den Bau einer Schule zugesagt. Die Reichsvermögensverwaltung steht jetzt wegen der Baufrage mit der Stadtverwaltung in Unterhandlung. (Wsb. A.)

16. Juni. Am Donnerstagabend sprangen die Diebe auf der ganzen Linie 50 bis 100 Mark pro 100 Pfund Lebensmitteln in die Höhe. In Schwaben und Kleinwies wurde der Anstieg geräumt, Wirtshaus ließ einen Überfall zurück.

Rüdesheim. Der Rheingaukreis hat das von ihm ausgegebene Rotgeld zum 31. August d. J. aufgekündigt. Dieser Rotgeld werden hierauf aufmerklos gemacht. Die Einführung erfolgt bis zum vorgedachten Zeitpunkt durch die Kreisverwaltung in Rüdesheim und sämtliche Gemeindefolien des Rheingaukreises. Nach dem 31. August 1921 ist der Anspruch auf Einführung verfallen.

Frankfurt. In der Eisenbahn-Anlage ließ ein achtjähriger Junge namens Karl Eugen Dänig beim Spielen gegen ein Pölkchen. Die Kinder gingen über den Hals und der Tod trat auf der Stelle ein.

Ein heiteres Stückchen ereignete sich vor der hiesigen Strafkammer. Als dort ein junger Mann, der als Gefangener von auswärtig erschienen war, zu 6 Monaten verurteilt, dabei aber bedingte begnadigt wurde, trat er nach der Verhandlung an den Richterisch und sagte nach, ob man ihm nicht die Freiheit nach Frankfurt und zurück gerichtlich vergütet wolle. „Sonst nichts?“ erwiderte der Vorsitzende und sagte ironisch hinzu: „Sie bekommen auch noch 2 Pfund Riesen dazu.“

Wiesbaden. Die Feier des 100-jährigen Bestehens des hiesigen Taubstummen-Instituts ist unter Teilnahme der gesamten Bürgerschaft und vieler ehemaliger Zöglinge in allen Teilen recht erheben verlaufen. Ein ehemaliger Anstaltszögling Remig-Wiesbaden stiftete als Grundkapital für ein Taubstummen-Heim 600 M., ein Betrag, der selben Tages noch durch weitere Spenden auf 1000 Mark gebracht werden konnte.

10. Frankfurt. Hier wurde in den dem Kaufmann Karl von Spiegel gehörigen Geschäftsräumen eine Falschmünzwerkstatt aufgedeckt, in der falsche Tausendmarkscheine zur Herstellung gekommen waren. Schon kürzlich erhielt ein Badermeister von diesem „Herrn von Spiegel“ einen Tausendmarkschein, der sich als gefälscht herausstellte. Bei der Verhaftung des Spiegel fand man 40 falsche Scheine bei ihm. Der Umkehr mit diesen Falschmünzen soll außerordentlich groß gewesen sein — man rechnet sich jetzt mit 7 Millionen Mark — und die Verbreitung erstreckte sich hauptsächlich auf Polen und Berlin. Einem weiteren Mittäter ist man bereits auf der Spur.

Wegen Kettenhandels mit Lebensmitteln aller Art wurden der Kaufmann Johann Schmitt zu 5000 M. Geldstrafe, der Kaufmann Albert Gilmann zu 3000 Mark und der Kaufmann Karl

Kudler in der Berufsuntersuchung zu 300 Mark von der Strafkammer verurteilt.

Limburg. Vertreter des Allgemeinen Lehrerbundes und des Nassauischen Pfarrvereins erklärten hier in einer Versammlung, daß die Erhaltung der bestehenden nassauischen simultanen Volksschulverhältnisse, wie sie durch die alt-nassauische Gesetzgebung begründet und später fortgebildet worden seien, das gemeinsame Ziel beider Organisationen bilde. Die übrigen Berufsvereine und die Öffentlichkeit werden gebeten, dieses gemeinsame Ziel tatkräftig fördern zu helfen. Die einheitliche nassauische Volksschule sei ein lebendiger Ausdruck der nationalen Volkseinheit.

Bad Ems. Der Kreistag des Untertafelkreises hat für die Wiederinbetriebnahme der Rastbachischen Kleinbahn einen Zuschuß von 17.000 Mark auf die Dauer von drei Jahren bewilligt. Ferner wurde der Kreisrat ermächtigt, den Plan einer Geldbach-Talsperre durch das staatliche Talsperrenamt nachprüfen zu lassen, sowie die Verhandlungen wegen des Ausbaues der Ueberlandseilbahn der Rastbachischen K. B. in Höhe von Ende zu führen.

10. Dillenburg. Auf der Grube Hengsbach kamen am Dienstag die beiden Brüder Richard Hartmann und Friedrich August Koh durch abstrahierende Gefährdungen zu Tode.

Mainz. Die 40-jährige Ehefrau des Landwirts Jakob Ross 4. in Buntersheim war der fahrlässigen Tötung ihres neugeborenen Kindes angeklagt. Die Angeklagte will sich, wie sie jetzt vor der Strafkammer anzeigt, nachdem das Kind ihr von der Hebamme ins Bett gelegt wurde, auf die Seite mit dem Rücken gegen das Kind gelegt haben, und eingeschlafen sein. Vor anderen Mängeln war das Kind tot. Die Zeugen sind in guten Vermögensverhältnissen, es war das zweite Kind. Das Gericht sprach die Angeklagte frei und legte die Kosten der Staatskasse zur Last.

10. Mainz. Am Sonntag wurde in den Räumen des Gutenbergmuseums in Mainz eine geographische Ausstellung eröffnet. Veranstalter sind die Ortsgruppen Frankfurt a. M., Offenbach a. M., Hanau und Mainz des Bundes deutscher Geographographen.

Bingen. Am Samstag abend wurde Dr. Baumeister, prakt. Arzt von Spandlingen zu einem Patienten nach St. Johann gerufen. Auf der Rückfahrt kam er auf der Heide Gasse in der Dunkelheit mit seinem Fahrrad durch das Anfahren von zwei ihm entgegenkommenden Personen so unglücklich zu Fall, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Wiesbaden (Rheinische). Der Landwirt Richard Sperling zu Wiesbaden hatte es unternommen, ein mutterungeborenes Pferd der französischen Pferdeausstellungskommission vorzuführen, weil er sein in gutem Zustand befindliches Pferd nicht dem Risiko eines Unfalls aussetzen wollte. Wegen dieser Tat wurde der Landwirt vom Militärpolizeigericht zu Mainz in eine Gefängnis von 500 M. genommen.

Kreisnach. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Weinbau ist ein neuer abgemessener Rohntariff zustande gekommen. Ueber 18 Jahre alte Arbeiter erhalten nur noch 3.50 M. die Stunde; für weibliche Arbeiter bestehen entsprechende Abmachungen.

Vermischtes.

Prozeß Holz.

Berlin, 15. Juni. Im Prozeß gegen Holz kam es zu einem Zwischenfall bei der Vernehmung des Jägermeisters Beyer aus Hebrach, der gestern bekundete, daß der Angeklagte auf ihn und seine Frau geschossen hätte. Als der Verteidiger Julius Brod dem Zeugen vorhielt, daß er den Kommandanten der Schutzpolizei in der Nacht befragt haben habe, ihm einige Mann mitzugeben mit den Worten, er werde Holz in kurzer Zeit erledigen und daraus folgert, daß Beyer geplant hatte, Holz zu ermorden, erwiderte Beyer einen Widerspruch und will auf den Angeklagten losgehen. Er wird von den Beamten der Schutzpolizei zurückgehalten, weint und schreit und muß schließlich aus dem Saal gebracht werden. Die Verteidiger bezeichnen Beyer auf diesen Austritt hin als Pölkchen, der keine Glaubwürdigkeit verdient. Als Beyer wieder im Saal erscheint, gerät Holz in die höchste Erregung und protestiert, daß er, der seiner eine harte Kindheit hatte, auf Kinder hätte schreien wollen. Er registriert ein Gebot und ist dem Weinen nahe. Staatsanwaltshofrat Jäger erklärt, er werde in Angelegenheiten als Belastungsmaterial gegen Holz nicht verwenden.

Im Prozeß Holz wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt. Es wurden verschiedene Zeugen vernommen, die hauptsächlich über die Erpressungen, Brandstiftungen und Todesdrohungen ausfuhren, die Holz in Gießen und Hebrach verübte. Holz verhielt sich dabei sehr gleichgültig, zuweilen antwortete er in der ihm eigenen zynischen Weise.

Optaten. Das Finanzamt teilt mit, daß die bisherigen Nachprüfungen der Einkommensteuererklärung ergeben haben, daß trotz aller Warnungen und trotz der Höhe der Steuerstrafen viele Steuerpflichtige fortzuführen, ihre Erklärungen bewußt unrichtig abzugeben. Das Finanzamt Düsseldorf habe die ihm unterstellten Finanzämter angewiesen, gegen Schieber, Wucherer und Steuerhinterzieher mit allem Nachdruck vorzugehen. Als Erfolg der verstärkten Bekämpfung der Steuerhinterziehungen seien im Bezirk des Landesfinanzamtes Düsseldorf im letzten Jahr über 10 Millionen Mark Nachsteuern und Geldstrafen zu verzeichnen gewesen. Das Finanzamt bittet die Bürger, künftig zur Ehrlichkeit zurückzukehren und die Behörden in ihrem Bestreben zur Erreichung einer gleichmäßigen Besteuerung zu unterstützen. Nur dann liege Deutschland in der Lage, die ihm auferlegten großen Kosten zu tragen.

Der verurteilte Entschleppungskünstler. Ein im Zellengefängnis zu Siegburg untergebrachter Schloßermeister aus Siedchen meldete sich eines Tages krank und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Da man befürchtete, daß der geriebene Verurteilte die Gelegenheit zum Entweichen benutzen würde, ließ man ihn an Händen und Füßen am Bett. Trotzdem gelang ihm die Flucht, wurde aber später wieder aufgegriffen und ins Gefängnis zurückgebracht. Wie ihm das gelungen ist, erzählt er am Donnerstag am Siegener Schöffengericht. Er hatte aus dem Krankenhaus einer in Köln wohnenden Frau, bei der er früher wohnte, geschrieben, er läge krank darnieder und es würde ihn freuen, wenn sie ihn einmal besuchte. Gleichzeitig bat er, eine Drathöhle mitzubringen, die er dringend benötigte. Die abnungsfähige Frau brachte auch die gewünschte Schere, die der „Kranke“ geschickt zu verbergen mußte, bis er eines Tages, trotz der Ueberwachung ihm 3 Wochen Gefängnis ein.

acht, C
wohne
leben,
en, wer
er, ein
benötig
münch
erberg
machu
a brach

Wieviel Kinos gibt es in Deutschland? Be-
steht in den großen Städten die zahlreichen Kinos

unglücken waren 19 sofort tot, zwei erlagen später ihren Verletzungen.

21) Erz auf Anerkennung einer Eigenschaft als fran-
zösischer Staatsbürger ab. Der Prinz hatte wäh-

In dem lauschigen Wintergarten, der den Tzgern und Tänzerinnen zur Erholung bestimmt war, sah man nur wenige Fische. Es waren nicht etwa verklebte, junge Leute, die sich hierher zurückgezogen hatten, es waren ernste, gereifte Männer.

Eron auf Anerkennung seiner Eigenschaft als kro-
 zösischer Staatsbürger ab. Der Prinz hatte wäh-

die es sich in den Korbstühlen bequem gemacht. Auf den erhellten Tischen standen die Aschenbecher, die Weinflaschen, und aus den reizenden Lauben kamen ernste und gewichtige Berufsgespräche.

Otto Storm führte Renate an einen Platz, der von glänzenden Bäumen umstellt war. Er rückte ihren Stuhl zurecht, setzte sich ihr gegenüber, daß er sie fast gefangen hielt. Der Schein der Lampe fiel auf das Gesicht des Mädchens, und wenn Renate die Lider hob, glimmerte ein goldener Schein aus ihren Augen.

Goldklarer Wein verbreitete einen leisen Duft und funkelt und schien zu locken. Renate erhob das Glas und leerte es hastig.

Leise, zögernd kam die Ballmusik herein. Süße, sanfte Töne wehten herüber und brachten Sehnsucht und Glückshunger in ihr Herz.

Wird man Sie drin im Saal nicht vermissen? fragte sie plötzlich.

Ich habe schon geglaubt, ich habe alle meine Pflichten bereits hinter mir. Und wenn man mich jetzt vermisst, so würde ich es frei heraus sagen, daß ich nicht des Tanzes wegen gekommen bin. Wochenlang habe ich mich auf unser Stützungsfest gefreut.

Renate erwiderte und sah bestürzt zu ihm auf. Er aber fuhr fort:

Es ist ein wunderbares Gefühl, wieder einmal hier in dem Hause zu sein, alle Verwandtsbrüder zu sehen, die man einst so glühend beneidete, daß sie bereits in Amt und Würden waren.

Renate sagte nichts, aber ihr Herz zog sich entsetzt zusammen, und ihr war, als müßte sie gewaltsam gegen Tränen kämpfen. Nun war er ihr aber ganz nahe, und in sein Gesicht trat ein fies, häßliches Aufleuchten:

Doch nein, nein, das ist nicht wahr, rief er in ausbrechender Leidenschaft, ich wußte, daß Sie hier sein würden, darum bin ich gekommen, deshalb allein, ich mußte Sie sehen. Ich habe eine Frage an Sie zu richten, Fräulein Renate. Er nahm ihre Hände, zog sie an sein Herz, presste die Lippen darauf und seine Augen leuchteten aus dem erloschten Gesicht.

Da war sie ihrer selbst nicht mehr mächtig. Ihr

Herz schrie auf, die lange unterdrückte Qual löste sich, ein Tropfen fiel von ihren Augen auf seine Hand. Mit einer Bewegung demütiger Hingebung neigte sie sich ihm entgegen, und er riß sie an seine Brust, bedeckte ihr Gesicht mit Küßen, wild und heiß brach die Blut aus ihm heraus. Mein bist Du, mein, Du meine Geliebte. Stammelnd, flüsternd kamen die Worte aus seinem Munde. Bis er sie wieder an sich presste, vergehend: Du mein Weib, Du meine geliebte Frau, Renate, und wieder und wieder fanden sich ihre Lippen.

Renate erhob sich langsam, ein feierliches Bechten erhobte ihr schönes Gesicht. Ich habe Dich lieb, so lieb, sagte sie, während die Rührung in ihrer Stimme bebte.

Komm zur Mutter, sagte Otto Storm, und Hand in Hand, unbefürchtet um die anderen Menschen, gingen sie hinein in den Saal. Ehe sie sich dem Tisch von Frau Heinsius näherten, sagte Otto: Du, weißt Du, daß wir unser Haus schon haben? Es steht in einem Garten und ist ganz eingeleidet in ein grünes Gewand. Immer liebte ich dieses kleine, rebenumspinnene Häuschen, und da es frei wurde, ehe ich hierher fuhr, habe ich gemietet.

Am Uebermaße seines Glückes sagte er laut: Und wenn Du mich nicht genommen hättest, steht Du, dann wäre ich allein hineingezogen und wäre dort gestorben in dem kleinen, idyllischen Hause.

Sprich nicht so, das ist weidlich, ich habe mein ganzes Leben lang auf Dich gewartet, das weiß ich jetzt genau.

Renate, süßes, einziges Mädchen, wärest Du doch erst bei mir. Wie lange soll ich allein bleiben? Jeder Tag wird mir zur Ewigkeit. Ich sehe Dich jetzt schon schatten und walten als meine begabte Hausfrau.

Renate schenkte in hilfloser Verlegenheit den Kopf: Ich als Hausfrau? Otto, wirst Du auch ein wenig Geduld mit mir haben? Ich verstehe ja so wenig davon, immer habe ich mich mit anderen Dingen beschäftigt.

Wenn Du nur bei mir bist, wenn ich Dich nur immer um mich habe, Du mich erwartest, wenn ich heimkehre, dann ist das Maß der Seligkeit voll.

Ich will nichts anderes, und Du wirst immer alles gut machen. Ich weiß das schon jetzt, und Du wirst mich stets verstehen.

Sie nickte ihm herzlich zu, aber sie fragte sich in einem jähen Schreck, der sich unbewußt einbrachte, ob sie wirklich die Aufgabe würde erfüllen können, den Mann an ihrer Seite glücklich zu machen. Und wie in einem zärtlichen Vorsatz drückte sie seine Hand.

Wißt Du hier neben mir sitzen? Frau Halmer hatte sich von ihren Bekannten zurückgezogen, sie wollte für eine Stunde mit ihrem Sohne allein sein. Er gefiel ihr gar nicht, sie ärgerte sich den ganzen Abend, daß sie überhaupt eingenommen hatte, mit auf das Fest zu gehen. Hätte er Renate Heinsius nicht wiedergelesen, dann wäre ihr mancher Kerger erspart geblieben. Nun wollte sie ihm den Kopf einmal gründlich zurechtsetzen.

Komm, nimm Platz, Lukas. Und Lukas hatte sich mit verdrossener Miene hin, schlug ein Bein über das andere und blinzelte nachlässig in den Tanzsaal hinein.

Kellner! Frau Halmer, klein und verrunzelt, fast komisch anzuhausen in ihrem Kleide aus schwarzer Seide mit dem kostbaren und unpassenden Reiterbusch im Haar, sagte nachdrücklich und sehr bestimmt:

Für mich Wasser, Lukas.

Wie Du wünschst, Mama. Er nannte dem Kellner den Namen eines Mineralwassers, während er sich selbst eine teure Seitzmarke bestellte.

Französischen Sekt, Lukas? Tut es nicht auch ein anderer Wein? fragte seine Mutter.

Lukas aber ließ die Hand auf die Tischplatte fallen, wie er es von seiner Mutter oft gesehen. Sein Gesicht trug einen ausgesprochen unzufriedenen Zug; er gab sich keine Mühe, seine Stimmung zu verbergen. Er hatte die Absicht gehabt, sich bald nach Tisch mit Renate in Verbindung zu setzen, wollte sie den ganzen Abend über nicht wieder von seiner Seite lassen. Aber schon mehrere Male hatte er vergeblich den Saal durchstreift, in der

Hoffnung, sie zu finden. Hier von dem erhöhten Sitze aus, von der Ballustrade, die rings um den Saal lief, hoffte er eher, sie erspähen zu können.

Ich habe Appetit auf Sekt, Mutter, und finde es lächerlich, daß Du wieder um diesen Pfennig bangst, den der Tropfen mehr kostet. Wir können uns ja nächstens irgendwo vergraben, da behalten wir unser Geld und haben unsere Freude daran. Er lachte rauh auf. Uebrigens finde ich, daß man nötig hat, sich die Laune etwas aufzufrischen.

Lukas schaute wieder angestrengt in den Saal hinein.

Unermüdlich hupfen die da herum, sagte er zwischen den Zähnen.

Lachen und Musik, junge Gesichter glühten in der Luft des Tanzes. Zuweilen fiel ihm ein Paar auf, das mit großer Eleganz seine Schritte nahm. Er dachte dann immer an Renates schlanke Gestalt, die sich so grazios bewegte. Die Mutter sah, wie seine Augen wanderten.

Du tanzest nicht? fragte sie.

Ich habe keine Lust.

Aber Du bist nicht hierhergekommen, um den ganzen Abend durch den Saal zu spazieren und an den Wänden herumzustehen. Fühlst Du Dich denn gar nicht mehr jung? Sieh, wieviel schöne Mädchen hier sind. Alle schauen Dich an, Du aber gehst verdrossen umher. Laß uns gehen, wenn Du Dich nicht unterhältst.

Wir wollen nur austrinken, gab der Sohn ge-lassen zurück.

Frau Halmer beugte sich vor und blickte in den Saal hinein.

Hast Du gesehen, wie Renate Heinsius mit dem jungen Storm kottlettierte? fragte sie lauernd. Es war wirklich nicht mehr schön. Sie warf ihm Augen zu, ja, das versteht sie, ihre Augen sprechen zu lassen. Wir gefällt das nicht.

Das ist auch nicht nötig, Mama. Außerdem habe ich näher gesehen und nur eine durchschnittliche Tischunterhaltung bemerkt.

(Fortsetzung folgt.)

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim a. M.

Bekanntmachung.

Betrifft die Ausgabe von Brotkarten.

Am Samstag, den 18. Juni 1921, werden im Rathaus, Zimmer Nr. 3-4, die Brotkarten für die 45. und 46. Woche in nachfolgender Reihenfolge ausgegeben:

Von 7-8 Uhr an die Empfangsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben A, B, C, D, E, F, G.
Von 8-9 Uhr H, I, J, K, L, M, N, O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z.
Von 9-10 Uhr H, I, J, K, L, M, N, O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z.
Von 10-11 Uhr H, I, J, K, L, M, N, O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z.
Von 11-12 Uhr H, I, J, K, L, M, N, O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z.

Wegen zu großer Nachlässigkeit beim Abholen der Brotkarten kann eine nachträgliche Abgabe derselben nur in ganz dringenden Fällen stattfinden. Nicht rechtzeitig abgeholte Brotkarten gehen an die dem Verordnungsberechtigten verfallig.

Hochheim a. M., 17. Juni 1921.

Der Magistrat. R r g b a d e r.

Anzeigenfell.

Bekanntmachung.

Die Linder- und Schreinerarbeiten für die Herstellung von 4 Klassenräumen, Aborten etc. in der Schule an der Sandgrabenstraße fallen im Submissionswege vergeben werden.

Bewerber wollen ihre Angebote bis 30. Juni d. Is. vormittags 11 Uhr im Rathaus Zimmer 5 einreichen. Angebotsformulare sind dabeist erhältlich.

Hochheim, den 15. Juni 1921.

Der Bürgermeister: Sportborst.

Der katholische Jugend- und Jungmänner-Verein Hochheim

tritt am Sonntag, den 19. Juni, um 12³⁰ Uhr am Altar. Wert an und markiert mit im Festzug.

Der Vorstand.

Für die uns anlässlich unserer Silbernen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit u. Geschenke sagen wir herzlichsten Dank.

Heinrich Schreiber u. Frau.

Hochheim a. M.

Wollspinnerei

überlässt noch Aufträge im Lohn zu

Strickwolle

in Ratur und Farben

vorrätig zum Umtausch gegen

Schafwolle

bekannt la. Strickgarn.

Nach kann Schafwolle für

Wolle z. Damengarnen, Herren-

wollgarnen, Knaben-Anzüge u.

Kinden-Kleidern u. dergleichen

gerne abgegeben werden. Auf Wunsch

werden d. Sachen auch ange-

fertigt. Verkauf von Strick-

wolle zu Fabrikpreisen.

Wolle-Verwertung

Wiesbaden.

Grüenauerstr. 10, 1. Etage.

Elektr. grüne Linie Nr. 4.

Haltepunkt, Haltestelle.

Zufuhren per Post (bis

20 Kilo unzulässig) werden ge-

wissenhaft erledigt.

— Fernsprecher 3103. —

Spazierstöcke

empfehle billig

Jean Gufjahr,

Schreinermeister.

Mann u. Frau

nehmen

Feldarbeit

an, auch Wiesenmähen.

Mäh. Filial-Expd. des

St. H., Hochheim.

Zwei schöne

Bilder

(Tafel- und Landschaften)

zu verkaufen bei

Cauer, Hochheim a. M.

Hinterstraße 26.

Asthma

sanft geheilt werden. Sprich-

stunden in Frankfurt a. M.,

Sandgrabenstr. 80. 2. Et. jeden

Freitag und Samstag von

10-1 Uhr.

Dr. med. Alberts,

Spezialarzt, Berlin S.W.11

Stauend

billige Lebensmittel.

Infolge günstiger Einkäufe bin ich in der Lage, verschiedene Waren zu ganz enorm billigen Preisen zu offerieren:

Feinstes helles Tafelöl (Salatöl) Schoppen 6.— M.
Salatöl, reines Sesamöl Schoppen 6.30 M.
Das beste nordamerikanische Schmalz, Marke „Swift“ 9.50 M.

Feinste Süßrahmmargarine, garantiert stets frisch, Gebrannter Bohnenkaffee, garantiert reinmachend, Pfund von 19.— M. an.

Malkaffee, Pfund 3.00 M.

Stollwerck-Kakao, vorzügl. Qual., 1/2 Pfund 4.50 M.

Prima Kaffeebohnen, Doppelföld (1/2 Pfd.) 2.50 M.

Enorm billig! Schmelzerseife, in Qual. Pfd. 3.50 M.

Hofersoden, Reis, Rosinen, Nudeln, Wurstwaren,

Hausmacherqualitäten,

sämtliche Gewürze usw. zu billigsten Tagespreisen.

Zigaren, vorzügl. Qualitäten, von 65 Pfg. an.

Zigaretten und Tabake in jeder Preislage.

Fritz Wolff,

Hochheim a. M., Weierstraße 14.

Ge- wolkene Schafwolle

Steinwolle, in verschiedenen Farben und Stärken, auch für alle Maschinen- und Lederarbeiten geeignet wie:

Sportjaden, Herrenwänsen, Spawls u. dergl.

Verkauf von 25 Steinwolle zu den billigsten Tagespreisen.

Emil Göller, Wallau,

bei Wiesbaden, Telefon Nr. 14, Amt Wallau

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Mann, unsren guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Neffen, Schwager und Onkel, Herrn

Wilhelm Bücher

im 59. Lebensjahr nach kurzem, schwerem Leiden zu sich abzurufen.

In tiefer Trauer:

Karoline Bücher geb. Stephan

Karoline Schäfer geb. Bücher

Luis Müller geb. Bücher

Otto Schäfer, Mühlenbesitzer

Jacob Müller, Landwirt

und 2 Enkel.

Delkenheim, Worms und Driedenbergen, 17. Juni 1921.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, statt.

Achtung! Weinbergsarbeiterversammlung! Achtung!

Samstag, den 18. ds. Mts., abends pünktlich 9 Uhr, findet in der Gastwirtschaft zum „Leunus“ in Hochheim a. M. eine außerordentliche wichtige

Mitgliederversammlung

Tagungsordnung: Der Kampf um die Koalitionsfreiheit. Redner: Bezirksleiter Späth, Mainz.

Börschäftiges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Die Bezirksleitung.

Erstklassige Holzbearbeitungs-Maschinen

Bandfägen, Kreisfägen, Fräsmaschinen, kombinierte Abriß- u. Dittenhobel-Maschinen, Bandfägen-Selbstmaschinen, La. Bandfägenblätter, Schränkzangen für Band- und Kreisfägen,

Elektromotore

für Dreh- und Gleichstrom in jeder Größe.

Kostenlose Offertabgabe, / / / / Prompter Versand nach auswärt.

Erich Delp, Biebrich a. Rhein, Fernsprecher — 591. —

Schirmreparaturen

werden fachmännisch

ausgeführt; kleine Risse

werden geflickt (dauer-

haft) gedehnte Risse mit

der Maschine gestopft.

Jean Gufjahr

Schreinermeister,

Hochheim a. M., Wintergasse 9.

Pfeildreieck-Seifen

sind die besten